

Mail vom 06.03.2024 an die Gemeindeverwaltung und Fraktionsvertreter

Guten Tag,

ich wende mich im Namen der Naturschutzgruppe an die politischen Entscheidungsträger der Gemeinde Weiler aufgrund der Überlegungen, den Weilerer Wald ( oder Teile) zu verpachten, und bitte darum, die Stellungnahme innerhalb der Fraktion an die betroffenen Rats- und Ausschussmitglieder weiterzuleiten.

Im Zusammenhang mit den Plänen zur "Verurwaldung" unseres Waldes durch die Firma woodify wurde mehrfach der Beitrag des ZDF in der Sendung "plan-b" als Reputation genannt.

Ich habe mir den Bericht angeschaut (<https://www.zdf.de/gesellschaft/plan-b/plan-b-rettet-die-baumriesen-100.html>) und bin beeindruckt von dem Projekt von Frau Lowman.

Dank deren hohem persönlichen Engagement ist hier offenbar durch Kombination von Forschung, Touristenattraktion und darauf aufbauender weiteren Inwertsetzung für die einheimische Bevölkerung ein modellhaftes Projekt entstanden, das den Wert des Urwaldes herausstellt und gleichzeitig auf die massive Bedrohung des Ökosystems hinweist. Der Regenwald wurde immer schon von den Einheimischen genutzt und zwar nur so, dass seine Funktionsfähigkeit als Lebensgrundlage für künftige Generationen erhalten blieb. Das Abholzen des Regenwaldes erfolgt heute in großem Ausmaß zum Anbau von Soja als Futtermittel für die Tierhaltung der Industrienationen, für die Produktion von billigem Palmöl und Tropenholz für den Export. Unser westlicher Konsum ist somit in hohem Maße verantwortlich für die Vernichtung des Regenwaldes.

Im Bericht wird erwähnt, dass das Projekt spendenfinanziert ist. Dies hat jedoch nichts mit dem Zertifikatshandel von woodify gemein. Durch die verschachtelte Berichtserstattung in der genannten Sendung werden die beeindruckenden Bilder jedoch geschickt auf die woodify-Initiative projiziert, ohne dass ein direkter Zusammenhang besteht.

Klimazertifikatshandel wird inzwischen sehr stark hinterfragt und kritisiert. Wer sich von den Bildern des plan-b-Berichtes begeistern lässt, sollte sich zum Beispiel auch diese Reportage ansehen:

<https://www.zdf.de/politik/frontal/doku-greenwashing-maerchen-klimarettung-konzerne-zertifikate-emissionen-klimawandel-100.html>

Hier wird der Zertifikatshandel als greenwashing entlarvt. Kurz gefasst: Der Wald wird gegen Geld auf Zeit privatisiert, die Käufer verkaufen das temporäre Liegenlassen des Waldes ( Aufbau von Zuwachs im Wald und damit CO<sub>2</sub>-Speicherung) für viel Geld an Unternehmen. Diese können so klimaschädlich wie bisher weiter produzieren und rechnen sich das über die Zertifikate klimaneutral schön. Im Bericht wird auch davon berichtet, wie Einheimische im Regenwald mit falschen Versprechungen hintergangen wurden.

Wenn damit geworben wird, dass man den Wald "in 30 Jahren verurwalden" will, so ist alleine das in der Sache schon mehr als fragwürdig. Betrachtet man den Lebenszyklus eines Baumes, so muss man sich fragen, wie das in einem so kurzen Zeitraum passieren soll. Der Bericht in der plan-b-Sendung unterstellt zudem, dass die Probleme des Waldes vor allem

in der Form der Waldnutzung liegen und der Forst dafür im wesentlichen verantwortlich ist. Das Thema Klimawandel scheint da aus Sicht der Unternehmer keine Rolle zu spielen. Dies wird aber der Komplexität des Themas nicht gerecht wird.

Im Wald konkurrieren (wie in so vielen Bereichen) unterschiedliche Interessen - er ist ua Ökosystem und Hort der Biodiversität, Wasserrückhalt, Erosionsschutz, Erholungsraum und Holzlieferant.

Spätestens seit den verheerenden Stürmen der 90er Jahre hat sich die Waldbewirtschaftung im Staatswald und, soweit es die Kommunen zulassen, auch im Kommunalwald im Sinne einer naturnahen Bewirtschaftung verändert. Auch dort gibt es Naturwaldzellen, in denen der Wald tun und lassen darf, was er will (was von ordnungsliebenden Menschen durchaus auch dort immer noch kritisiert wird) und in denen auch die Entwicklung forstwissenschaftlich beobachtet wird. Größere Kahlschläge durch den Forst gibt es - anders als in dem Bericht anklingt - meines Wissens nach dort nicht mehr, sie sind nach Landeswaldgesetz verboten. Der Borkenkäfer macht ein massives Eingreifen aber manchmal unabdingbar, um noch größeren Schaden abzuwenden.

Auch die Aussage, dass durch das "verurwalden" des Waldes generell keine Brandgefahr besteht, halte ich so generell nicht für haltbar. Im letzten Jahr gab es einen Artikel in der Zeitung über den Rochusberg - hier wurde viel Totholz liegen gelassen, man befürchtet aber, dass bei extremer Trockenheit und Hitze wie in den letzten Sommern nur ein Funke genügt und der gesamte Hang (incl. Wohnbebauung) ins Brennen kommen kann. Auch der Weilerer Wald geht teilweise bis nahe an die Bebauung und kann damit zur potentiellen Gefahr werden. Wenn wir in den Nachrichten verfolgen, wo überall in den letzten Jahren verheerende Waldbrände große Schäden anrichteten, so muss uns klar werden, dass auch wir das künftig nicht ausschließen können.

Ein weiteres Thema ist der Holzeinschlag. Auch wenn im Idealfall für den Wald als solches aus ökologischer Sicht die Nutzung komplett unterbleiben sollte, so ist das völlig unrealistisch. Die Waldnutzung ist Teil unserer Daseinsgrundlage und wir brauchen Holz - als Baumaterial und auch als Brennholz. Wenn wir unseren Wald von der Nutzung komplett ausnehmen, müssen wir es woanders her beziehen - oft mit langen, wiederum umweltschädlichen Transportwegen z.B. aus Polen, Tschechien oder sonstwoher und ggf ohne irgendwelche Zertifizierung. Und da sind wir dann auch wieder beim greenwashing. Vor Ort sind wir "sauber" - wo das Holz herkommt spielt keine Rolle. "Sauber" können sich dann auch die Firmen darstellen, die mit ihren Zertifikaten Schein-Klimaneutralität erkaufen. Viel wichtiger ist aber die Produktion und den Konsum ökologischer zu gestalten, um die Schäden zu reduzieren, statt sie nach dem St. Florians-Prinzip woanders hin zu verlagern.

Corona und auch die derzeit tobenden Kriege haben uns allen gezeigt, wie wichtig es ist, regional eine gewisse Selbständigkeit in der Grundversorgung der Menschen zu haben. Wenn wir uns unser "Ökotoop vor Ort" bauen und die notwendigen Produkte woanders herholen, tun wir wieder das, was so oft passiert - wir exportieren die Probleme einfach woanders hin. Wir tun damit genau das, wogegen sich Frau Lawman mit ihren Projekten wendet.

Die Weilerer, die noch im letzten Jahr ihr Brennholz von hier beziehen konnten, müssten dann auch woanders kaufen.

Wenn wir von fossilen Energien wegkommen wollen (was ja eigentlich ein Müssen und kein Wollen mehr ist), kommen wir nicht an Holz vorbei - und zwar regional und ökologisch

vernünftig erzeugt. Die Waldbewirtschaftung erfolgt bei uns bereits nachhaltig seit über 20 Jahren nach FSC-Kriterien. Holz aus nachhaltig bewirtschaftetem Wald vermeidet CO<sub>2</sub> aus fossilen Brennstoffen, das Holz, das im Wald durch "Verurwaldung" verbleiben soll, kompensiert bestenfalls einen Teil des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes der fossilen Brennstoffe, die wir stattdessen nutzen müssen und der zusätzlichen Emissionen, die durch den Transport des von weiter weg gekauften Holzes entstehen.

Wenn der Wald für mehrere Jahrzehnte in private und kommerzielle Hände gegeben wird, verkaufen wir einen Teil unserer Daseinsvorsorge und unser Dispositionsrecht. Gerade die katastrophalen und weltumfassenden Veränderungen der letzten Jahre zeigen, wie wichtig Regionalität und Eigenständigkeit sind, und niemand weiß, was in den nächsten Jahren von Osten und anderswo noch auf uns zu kommt.

Verantwortungsvolles politisches Handeln bedeutet für mich daher, die Handlungshoheit über die Entwicklung des Weilerer Waldes als Kommune in der Hand zu behalten.

Wie bereits erwähnt, ist es ökologisch gut und wichtig, Wald sich zum Teil selbst zu überlassen und das auch wissenschaftlich zu begleiten. Wer große Waldflächen sein Eigentum nennt, kann sicher auch verantworten, einen gewissen Teil davon privat managen zu lassen, dafür Geld zu bekommen und in 30 Jahren zu sehen, was daraus geworden ist - im Wald selbst und welche Veränderungen der Zertifikatshandel überhaupt bringt. Eine Kommune, die jedoch kaum Wald besitzt, sollte sich sehr genau überlegen, was sie da aufgibt.

Meines Erachtens nach sind hier die Förster gefragt, um gemeinsam mit die Kommunen zu beraten, gemeinsam zu planen und zu erläutern, wo und wie die Waldentwicklung im Weilerer Wald nachhaltiger, klimastabil und ökologischer erfolgen kann. Die Handlungshoheit dabei sollte aber immer bei der Kommune verbleiben, um auch bei Veränderungen immer handlungsfähig zu bleiben.